

Archiv

an Vorstand der Sozialdemokratischen

Partei Deutschlands vom

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

26. Mär. 1964

## TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

2/XIX/59

Bonn, den 25. März 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1

Lob für die deutsche Jugend

30

Ein bemerkenswertes kritisches Urteil  
über die Kriegsverbrecherverprozesse

1

Bis zum letzten Atemzuge

22

Zum Ende der "Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung"

2 - 5

Kleine Reise nach "Europa"

124

Beobachtungen und Gedanken am Rande des  
Europäischen Parlaments  
Von Günter Markscheffel

6 - 8

Interview mit Käthe Strobel

144

Vorsitzende der Sozialistischen Fraktion im  
Europäischen Parlament

8 - 10

Interview mit Dr. Gerhard Kreyszig

127

Vizepräsident des Europäischen Parlaments

Chefredakteur Günter Markscheffel

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 170

Telefon: (0 22 21) Geschäftsführung 2 19 01, App. 319 • Redaktion: (2 18 31 / 32) • Telex: 8 806 890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Lob für die deutsche Jugend

Ein bemerkenswertes britisches Urteil  
über die Kriegsverbrecherprozesse.

sp - Die vor bundesrepublikanischen Gerichten laufenden und noch fälligen Kriegsverbrecher- und KZ-Prozesse finden im Ausland starke Beachtung; vielleicht stärkere als bei uns. Davon kann sich jeder überzeugen, der mit dem Ausland als Geschäftsmann, Reisender oder Politiker in Berührung kommt. Hier wird deutsche Vergangenheit aufgerollt. Wir haben uns ihr zu stellen. Um unser selbst willen, aber auch, um Zeugnis dafür abzulegen, daß wir es ernst, bitter ernst meinen mit dem, was unter der Bewältigung der Vergangenheit gemeiniglich verstanden wird. Das tausendjährige Reich war eine, geschichtlich gesehen, nur kurze, wenn auch folgenreiche Episode. Nun gibt es Menschen, ausserhalb unseres Volkes, die glauben, die "Deutschen" wären sich immer gleich, man könne ihnen nicht trauen, sie müßten für alle Zeiten das hässliche Büsserhemd tragen. Antideutsche Gefühle und Ressentiments kommen in Zusammenhang mit diesen Prozessen wieder an die Oberfläche und bestimmen den Gehalt mancher Leitartikel. Dagegen wandte sich kürzlich, soweit dies in Großbritannien geschieht, die große liberale britische Wochenzeitung "The Observer". Sie findet ein solches Verhalten, nämlich antideutsche Gefühle aufzustacheln, schäbig und unwürdig. Vor allem geschehe damit ein Unrecht an der deutschen Jugend. Sie sei mit den Schrecken der Vergangenheit nicht belastet. Diese junge Generation, die Träger der Verantwortung von morgen, verdiene Respekt. Der "Observer", nicht gerade berühmt wegen seiner Deutschfreundlichkeit, gebührt für seine, die eigenen Landsleute zurechtweisende Feststellungen Dank. Sie entsprechen der deutschen Wirklichkeit von heute. Unsere Jugend empfindet Abscheu vor dem, was geschah, sie begreift den Geist der friedlichen Zusammenarbeit mit allen Völkern, Haß, Rache und Verblendung finden bei ihr keine Heimstatt. Das gilt auch für die Jugend der Vertriebenen. Ist dies nicht ein großer Gewinn, nicht nur für die Deutschen?

+ + +  
Bis zum letzten Atemzuge

sp - Nur noch wenige Tage, dann wird auf dem deutschen Zeitungsmarkt ein Blatt weniger erscheinen, ohne daß man es viel vermissen wird: die "Deutsche Zeitung". Viele Millionen an Subventionen haben nicht erreichen können, daß dieses Blatt einen größeren Leserkreis fand. - Verstummen wird aber auch eine Parfane gegen die Sozialdemokraten. Vielleicht war es diese Einseitigkeit, die das Blatt nicht lebensfähig werden ließ. - Was man ihm an seinem Sterbebett allerdings bescheinigen kann, ist, daß es konsequent in seiner Antinatalung gegen die SPD geblieben ist. Konsequent selbst bis in die Druckfehler, denn in der "Deutschen Zeitung" Nr. 66 vom 18. März 1964 kann man beispielsweise auf Seite 7 wörtlich lesen: "Sozialisten dürfen nur noch für in Anspruch genommene Kredite und Kreditprovisionen, nur noch für zugesagte, aber nicht in Anspruch genommene Kredite berechnet werden." - Auskünfte von Wirtschaftsfachleuten haben ergeben, daß das beim besten Willen nicht geht und daß auch die größte Sozialistenfeindlichkeit die Bankenaufsicht zu solchen Maßnahmen nicht zwingen kann. Oder sollte etwa die "Deutsche Zeitung" statt "Sozialisten" "Sollzinsen" gemeint haben? Noch hat die "Deutsche Zeitung" Gelegenheit, uns aufzuklären. Was machen wir aber, wenn sie es bis zum 1. April nicht mehr schafft?

## Kleine Reise nach "Europa"

### Beobachtungen und Gedanken am Rande des

#### Europäischen Parlaments

Von Günter Karkscheffel

Schon kurz nach Bonn auf der Autobahn in Richtung Frankfurt - Karlsruhe beginnt die kleine Reise nach "Europa". Ein Student macht Autostopp, er zeigt ein Schild mit der Aufschrift "Strassburg". Ich nehme ihn mit. Der junge Mann ist 23 Jahre alt, studiert im fünften Semester Neusprachen und will Studienrat "oder so etwas ähnliches" werden.

Unbeschwert und offenherzig plaudert er vor sich hin. "Wissen Sie, die meisten Deutschen so um die Fünfzig rum reden nicht gern von der Vergangenheit." - Einverstanden, reden wir von der Zukunft. Wir reden über uns Deutsche, über Europa und die Welt, stellen fest, daß "die Russen auch Menschen sind" und kommen gemeinsam zu der Erkenntnis, man dürfe nie verallgemeinern. Es sollte nicht heißen "die" Deutschen, "die" Polen, "die" Amerikaner, "die" Franzosen, "die" Russen. "In jedem Volk gibt es solche und solche", meint der junge Mann tief-sinnig und stellt dann doch die Frage, auf die ich schon lange warte: "Wie kommt es, daß uns jungen Menschen nur ganz selten ein Mann Ihrer Generation sagen kann, warum Hitler 1933 an die Macht gelangen konnte? Weder mein Vater, noch mein Onkel, und erst recht nicht meine Lehrer auf dem Gymnasium haben mir jemals eine klare Antwort darauf gegeben." Ehe ich etwas sagen kann, stößt der junge Mann nach: "Das ist auch der Grund, der mich und die meisten meiner Freunde weniger an Deutschland, dafür aber um so mehr an Europa denken läßt."

Er will also die Zukunft bewältigen, nicht die Vergangenheit, denn - so sagt er - "niemand hilft uns dabei". Wir vertiefen diese Gedanken nicht. Ich will den Jungen auch nicht belasten, denn natürlich weiß ich nur zu gut, warum ihm so selten Antwort auf seine Fragen gegeben wird. Soll er an die Zukunft denken, an Europa.

\* \* \*

Auf der Europa-Brücke zwischen Kehl und Strassburg schieben sich unter wehenden Fahnen langsam die Wagen in langer Kolonne vor. Wenige Meter vor uns wird ein junger Mann, gefesselt an einen französischen Gendarmen, nach Deutschland abgeführt. Meine beiläufige Frage an einen deutschen Beamten, was der Gefesselte ausgefressen habe, wird mit der Bemerkung quittiert: "Geht Sie einen feuchten Dreck an!" - Langsam fahren wir in das andere Land - nach Frankreich.

\* \* \*

Jenseits der Grenze stehen junge Mädchen und Burschen in kleinen Gruppen beieinander. Sie haben leichtes Reisegepäck. Die meisten zeigen Schilder, um anzudeuten, wohin sie per Anhalter mitgenommen werden wollen: nach Paris, Lyon, Marseille. Die Kleidung der jungen Leute ist international. Auf der anderen Seite der Brücke hatten wir schon junge Franzosen gesehen, die genauso aussehen wie ihre deutschen Autostopp-Kollegen. Wahrscheinlich denken sie auch genauso wie diese, ebenso wie mein Begleiter. Europa ist für sie schon das, was wir noch erträumten. Für sie sind Köln und Frankfurt europäische Städte, genauso wie Paris, Lyon oder Marseille von jungen Deutschen schon längst nicht mehr als unerreichbare Reiseziele ersehnt werden.

Dann steigt mein junger Begleiter aus. Er will über Ostern in Strassburg bei seinem Mädchen bleiben. Zum Abschied sagt er lächelnd: "Merci" und "Au revoir".

\* \* \*

Der Tankwart an der Ecke begrüßt mich höflich und bemüht sich, gut deutsch zu sprechen. Ich möchte von ihm wissen, wie ich zum Europäischen Parlament komme. Verlegenes Lächeln. "Das ist doch in Brüssel", meint der Mann schließlich, und als ich ihn zweifelnd ansehe, fügt er fragend hinzu: "Oder in Luxemburg?" - Ich bestehe auf Strassburg, worauf mir der Mann erwidert: "Wenn Sie meinen, bitte schön; ich habe mich nie um die Politik gekümmert." - Habe ich doch schon mal gehört ..

In der Nähe vom Kleber-Platz meint ein junger Schutzmann, sichtlich erfreut darüber, daß ich ihn französisch anspreche: "Ach, Sie wollen zum Conseil de l'Europe?" Einverstanden. Warum soll ich mich streiten?

Nebenbei: Ich habe im Verlauf mehrerer Stunden etwa 30 Leute nach dem Europäischen Parlament gefragt. Etwa zehn von ihnen konnten mir auf Anhieb eine richtige Auskunft geben. Sie waren alle weniger als 30 Jahre alt. Das "Mittelalter" lächelte mich verlegen an; die 60- bis 70-jährigen taten meist so, als verständen sie mich nicht, und ein würdiger alter Herr meinte völlig ernst, die europäische Ausstellung würde erst zu Pfingsten eröffnet.

\* \* \*

Schließlich lande ich noch beim Europäischen Parlament. Dort ist Hochbetrieb. Busse mit Besuchern aus der Bundesrepublik, Personewagen aus den sechs EWG-Staaten, schnittig gekleidete Polizisten mit weißen Handschuhen. Es wimmelt und tümmelt vor dem Portal, im Foyer, beim Andenkenstand, wo hauptsächlich Postkarten gekauft werden.

Etwas im Inneren geht es weniger turbulent zu. Herren im blauen Frack promenieren gewichtig durch die Gänge. Junge Damen tragen Akten-deckel und lächeln zur Schau, gesetzte Parlamentarier wandeln mit ernstesten Mienen durch die Gänge, an Bürotüren vorbei, hinter denen eifrig die Schreibmaschinen klappern.

Ich sitze im Restaurant. Die Essenszeit ist schon vorüber, an den Tischen sitzen Leute mit dicken Aktentaschen. Ein Ober bugsiert mich an einen noch freien Stuhl. Um mich herum sitzen sechs wild gestikulierende, italienisch, deutsch und französisch durcheinanderredende Männer. Es geht um Stahl und Reis, das habe ich bald spitz. Niemand geniert sich. Es werden Namen genannt, Firmen von Weltruf, Börsenkurse und Cognackmarken. Ich tue so, als ob ich dazugehöre.

Meint einer, zu mir gewandt: "Finden Sie nicht auch, daß das zu weit geht? Jetzt wollen die auch noch Gewerkschaftler reinkolen. So ein Quatsch, da kann ja jeder kommen." Ich nicke. Offenbar, um mir einen Gefallen zu tun, setzt mein Nachbar das Gespräch fort. "Sagen Sie mal, kennen Sie schon die Kleine in der X-Bar?" "Nein", antworte ich höflich, denn ich kenne sie wirklich nicht.

Er läßt von mir ab, und zu einem anderen Tischnachbarn gewandt: "Ist mein voller Ernst, das mit den Gewerkschaftlern. Um ein Haar wäre sogar ein Sozialist Präsident geworden. Kommt nicht in die Tüte. Gott sei Dank, auf unsere Leute im Parlament kann man sich verlassen."

Später - ich gestehe, ich bin den Herren nachgegangen - beobachtete ich, wie meine Tischgesellschaft abrauscht. Ein Wagen aus Duisburg, einer aus Essen, einer aus Frankfurt und einer aus Paris. Wen mögen die wohl mit "unsere Leute" gemeint haben? Dreimal darf ich raten.

Es macht Spaß, so ohne Titel und Abzeichen durch "Europa" zu reisen. Der Ober sieht mich zurückkommen und meint etwas verlegen: "Ich dachte schon, Sie gehören auch zu den Herren." Und wie entschuldigend: "Wissen Sie, unsereiner muß ja zu jedem höflich sein." - In Gedanken versunken schlendere ich durch Europas Hallen. Ich habe keinen Ausweis, niemand fragt danach.

\* \* \*

Das sind natürlich alles nur Arabsken. Im Europäischen Parlament wird fleißig gearbeitet. Ein Blick in die Archive mit ihren Dokumentensammlungen, eine Stunde als Beobachter bei einer Kommissionsberatung genügen, um das festzustellen. Die zahlreichen Assistenten, die meist mehrere Sprachen beherrschen, die Sekretärinnen und Dolmetscher - sie alle haben kein leichtes Leben.

Ein Abgeordneter des Europäischen Parlaments ist gleichzeitig Abgeordneter des nationalen Parlaments seines Landes. Wenn er nach Strassburg kommt, bringt er eine Fülle von Anregungen, bereits vorgearbeitete Dokumente für die vielfältigsten Aktivitäten der Europäischen Gemeinschaften mit. Alles das muß in komprimierter Form unter Berücksichtigung nationaler und internationaler Interessen aufeinander abgestimmt werden. Jeder Vorschlag an den Ministerrat in Brüssel ist meist ein umfangreiches staatsrechtliches, volkswirtschaftliches und zugleich sozialpolitisches Dokument. Wer hier danebengreift, ist schnell erledigt: er verliert seinen Ruf als Experte. Denn in Brüssel beim Ministerrat sitzen die "Kontrahenten" des Europäischen Parlaments. Hier nützt eine zündende, gute Rede nichts: hier hat nur das Bestand, was für Jahre hinaus realisierbar ist.

Dem Aussenstehenden, Nichteingeweihten, mag das alles zu nüchtern erscheinen. Er vermisst sicher den Schwung parlamentarischer Debatten, wie man sie etwa in der französischen Nationalversammlung oder in belgischem Parlament und gelegentlich sogar im Deutschen Bundestag gewohnt ist. Und doch entsteht hier in Strassburg ein Werk, dessen tatsächliche Bedeutung vielleicht erst viel später einmal in vollem Umfang gewürdigt werden kann.

\* \* \*

Natürlich haben die Europa-Parlamentarier auch Sorgen. Die Zeiten eines Robert Schuman und eines de Gasperi sind vorüber. Seit Charles de Gaulle Staatspräsident von Frankreich ist, haben viele Abgeordnete das dumpfe Gefühl, man wolle in Paris nur ein Zweier-Europa, umgeben von vier kleineren und wirtschaftlich nicht so mächtigen Staaten wie Frankreich und die Bundesrepublik.

Es ist auch viel Wasser in den Wein der Europa-Idee gekommen, seitdem eine allmächtige Bürokratie der Technokraten in den Gemeinschaften zielbewußt und hartnäckig dafür sorgt, daß das Europäische Parlament möglichst lange nur beratende Funktionen behält. So entsteht denn auch manchmal der Eindruck eines Leerslaufs zwischen Strassburg und Brüssel. Es ist schwer zu sagen, wie hoch der Prozentsatz der vom Europäischen Parlament gefaßten Beschlüsse ist, der tatsächlich vom Ministerrat in Brüssel als allgemeinverbindlich anerkannt und in Gesetzesform umgewandelt wurde.

Und doch bleibt die Arbeit des Europäischen Parlaments der wohl wichtigste Bestandteil europäischer Gemeinschaftspolitik. Hier werden Ideen miteinander konfrontiert, nationale Voreingenommenheiten werden abgeschliffen, und wenn dieser oder jener Entschliessungsantrag auch nicht gleich zur europäischen Realität wird, so entstehen doch richtungweisende, über die Grenzen nationalstaatlichen Denkens hinausgehende Vorstellungen. Wenn man bedenkt, wie viele Jahrzehnte es gedauert hat, bis wenigstens im Grundsatz gemeinsames europäisches Bemühen sichtbar werden konnte, dann ist die Leistung des Europäischen Parlaments trotz allem, was hier und dort gelegentlich Negatives gesagt worden ist, imponierend.

\* \* \*

Im Europäischen Parlament sitzen jetzt 142 Abgeordnete. Das Europa der Sechse hat 173 Millionen Einwohner. Ein Abgeordneter vertritt also etwa 1,2 Millionen Europäer. Der Gedanke, das Europäische Parlament direkt zu wählen und die Abgeordnetenzahl zu verdoppeln, ist nicht abwegig. Eine unmittelbare Wirkung hätte dies jedoch nur, wenn die dann 284 Abgeordneten gegenüber den Exekutiven der Europäischen Gemeinschaften ein wirkliches parlamentarisches Kontrollrecht hätten; ebenso wie die Parlamente der sechs Mitgliedstaaten in ihrem nationalen Bereich.

Natürlich melden sich bei solchen Überlegungen auch Skeptiker zu Wort, die da meinen, auch mit 142 Abgeordneten könnte ein Europäisches Parlament mit erhöhter Kompetenz und echter Kontrollbefugnissen schon erreichen, was später 284 Abgeordnete erreichen sollen. Dagegen spricht wiederum, daß der einzelne Abgeordnete in Zukunft ja mehr tun soll als sich in der Kommissionsarbeit aufzureiben. Er soll draussen in den Staaten der Gemeinschaft im engsten Kontakt mit der Bevölkerung stehen, an ihrer Sorgen teilnehmen und ihre Wünsche im übernationalen Sinne in das Parlament tragen. - Ein im Europäischen Parlament hoch angesehener Abgeordneter sagte hierzu: "Echte Kontrollbefugnisse des Strassburger Parlaments, eine größere Anzahl von Abgeordneten - das zusammen könnte u.a. dazu beitragen, daß sich unangenehme und die europäische Entwicklung hemmende Ereignisse wie der Streit um die Angleichung des Getreidepreises nicht ein Objekt der Interessentengruppen und Nationalinteressen bleibt, sondern zu einem das ganze Europa interessierenden Problem wird."

\* \* \*

Im Europäischen Parlament wird sehr oft - natürlich nicht im Plenum, sondern auf den Wandelgängen - die Frage diskutiert, warum ausser den Sozialisten keine der anderen politischen Gruppen in ständiger Weise ist, ein tatsächlich übernationales Arbeitsteam zu bilden. Vorübergehend sah es so aus, als wären die Christdemokraten in der Lage dazu. Das ist vorbei, seitdem die Gaullisten praktisch eine eigene Fraktion bilden und dadurch früher bestehende Bindungen unterbrochen haben. Bei den Liberalen ist es nicht viel anders. Gelegentlich halten sie zusammen, oft genug jedoch suchen sie aus Gründen, die nicht immer ganz ersichtlich sind, bei anderer Gruppen Zuflucht.

Auch das ist alles sehr verwirrend und hemmt in gewissem Sinne ebenfalls die Aktionsmöglichkeiten des Europäischen Parlaments. Trotzdem: Sach- und Fachkenntnis, gepaart mit Idealismus, die Einsicht, daß nationale Interessen und Gruppendenken überwunden werden müssen, wenn Europa entstehen soll, gewinnt immer mehr an Boden. Die Arabesken, von denen vorhin die Rede war, verschwinden am Rande eines großen imponierenden Geschehens. Es bleibt über alle Schwierigkeiten hinweg das Ziel: Europa.

+ + -

Interview mit Käthe Strobel

Vorsitzende der Sozialistischen Fraktion im  
Europäischen Parlament

Frage: Frau Strobel, Sie sind die erste Frau, die im Europäischen Parlament eine Fraktion, die Sozialistische Fraktion, leiten wird. Gibt es auch in den anderen Fraktionen des Europäischen Parlaments Frauen, die vielleicht eines Tages eine so wichtige Funktion übernehmen könnten?

Antwort: Die Sozialisten sind ja bekannt dafür, daß sie immer für die Gleichberechtigung der Frauen waren und bei der Beurteilung, welche Person für ein Amt geeignet ist, sich nicht von Vorurteilen leiten lassen. Im Europäischen Parlament gibt es allerdings nur sehr wenige Frauen. Von 142 Mitgliedern sind zur Zeit fünf weibliche Mitglieder; davon allein zwei in der Sozialistischen Fraktion aus Deutschland. Es ist bemerkenswert, daß die Sozialistische Fraktion nicht nur eine Frau zur Fraktionsvorsitzenden gewählt hat, sondern daß eine der wichtigsten Ausschüsse des Europäischen Parlaments, den bisher Heinrich D e i s t leitete, jetzt als Vorsitzende auch eine Frau bekommen hat, nämlich Frau Ilse E l s n e r . Es handelt sich um den Ausschuss für Wirtschafts- und Finanzfragen.

Frage: Wie kommt es, daß eigentlich nur die Sozialistische Fraktion europäisch im besten Sinne des Wortes - das heißt ohne jede national begrenzte Voreingenommenheit - ihre Politik im Europäischen Parlament entwickelt?

Antwort: Die Sozialisten haben eine lange internationale und europäische Tradition. Ihre Fraktion hier im Europäischen Parlament hat ausserdem den großen Vorzug, daß die Interessentengruppen in ihr nicht den Eingang gefunden haben wie in den anderen Fraktionen, daß sie ihre Entscheidungen in erster Linie also von übergeordneten Gesichtspunkten her trifft. Es ist für die Sozialistische Fraktion nicht nur bezeichnend, daß sie immer für die Gemeinschaftsbeschlüsse eintritt, sondern daß sie zu allen Zeiten geschlossen einer Meinung ist und damit dann oft auch durchkommt. Das hängt sicher auch damit zusammen, daß die Sozialisten im Europäischen Parlament den anderen Fraktionen voraus haben, daß ihre Mitglieder in ihren nationalen Parteien einen starken Rückhalt finden, daß sich diese nationalen Parteien zu einer Sechs-Parteien-Konferenz zusammengeschlossen haben und sich im Jahre 1962 in Paris ein gemeinsames europäisches Programm gegeben haben. - In diesem Zusammenhang ist es besonders wichtig, daß an dieser damaligen Konferenz und auch an inzwischen stattgefundenen Sitzungen des Verbindungsbüros der sechs Parteien Abgeordnete und Vertreter der skandinavischen sozialdemokratischen Parteien und auch der Labour-Party teilgenommen und in Aussprachen mit den Parteien- und Parlamentsvertretern der Mitgliederstaaten der EWG ihr gemeinsames Interesse an der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften bekundet haben.

Frage: In Italien sind jetzt die Nenni-Sozialisten zusammen mit den Sozialdemokraten in der Regierung. Es ist also anzunehmen, daß in absehbarer Zeit acht bis zehn italienische Sozialisten mehr in das Europäische Parlament einziehen werden. Wie wird sich das auf die Mehrheitsverhältnisse auswirken?

**Antwort:** Die Mehrheitsverhältnisse der Fraktionen im Europäischen Parlament ändern sich ständig, weil ja in verschiedenen Mitgliedstaaten immer wieder Wahlen stattfinden. Es ist richtig: wenn die italienische Delegation hier entsprechend den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen in Italien anwesend gewesen wäre, daß dann die Wahl des Präsidenten anders ausgefallen wäre, weil dann auf Anhieb die sozialistische Fraktion acht bis zehn Abgeordnete mehr gehabt hätte und der Unterschied zwischen beiden jetzt gewählten Präsidenten ja nur sechs Stimmen betragen hat.

**Frage:** Welche Probleme betrachtet die Sozialistische Fraktion des Europäischen Parlaments als die wichtigsten in der nächsten Zeit in Angriff zu nehmende Aufgaben?

**Antwort:** Da muß man unterscheiden zwischen der Entwicklung nach innen in den Europäischen Gemeinschaften und der Gestaltung der Außenbeziehungen. Nach innen scheint mir notwendig eine tatkräftige Weiterentwicklung der Gemeinschaftspolitik, und zwar nicht nur durch die Fusion der Exekutiven, die im Augenblick sehr im Gespräch sind, sondern vor allen Dingen durch eine gemeinsame Konjunkturpolitik, die dem Preisauftrieb wirksam begegnet, damit endlich auch die Verbraucher etwas von der europäischen Einigung haben. Eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, hier aber insbesondere unter Mitwirkung der beteiligten Wirtschaftskreise, - das sind die Arbeitnehmer, das sind aber auch die Konsumenten und natürlich auch die Arbeitgeber - die Gestaltung der gemeinsamen Energie- und Verkehrspolitik und eine wirksame Koordinierung der Währungspolitik. Es gäbe noch eine Reihe wichtiger innenpolitischer Aufgaben für die Europäischen Gemeinschaften, aber man kann sie in diesem Zusammenhang nicht alle anführen.

Die Wirkung der Europäischen Gemeinschaften nach aussen aber ist von so großer Bedeutung, sowohl für uns selbst als auch für die betroffenen Länder, daß ich der Meinung bin, es muß ihnen viel mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden als in der vergangenen Zeit. Ziel muß sein, daß die handelspolitischen Mauern zwischen den europäischen Staaten abgebaut werden. Das könnte erreicht werden, wenn die Kennedy-Runde im GATT mit einer 50-prozentigen Zollsenkung Erfolg hätte, weil dann der Aussenzoll der Gemeinschaft gesenkt würde und der zwischen EWG und EFTA aufgeworfene Graben zugeschüttet werden könnte. Dazu gehört aber auch eine alsbaldige Entscheidung über die gemeinsame Preispolitik in der Agrarwirtschaft. Je früher der Ministerrat hier Entscheidungen trifft, desto günstiger sind die Wirkungen für ein gutes Abschliessen der Kennedy-Runde, und daran haben wir alle ein großes Interesse.

**Frage:** Wie beurteilen Sie die Aktivität des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, oder vielmehr speziell die Aktivität der Gewerkschaften in den sechs EWG-Staaten im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften?

**Antwort:** Europa kann die mit seiner Einigung zusammenhängenden Probleme nur lösen, wenn sich die Gewerkschaften als Sprecher der Arbeitnehmer ständig aktiv einschalten, und wenn sie von den Institutionen der Gemeinschaften ihrer großen Bedeutung gemäß eingeschaltet werden. In diesem Zusammenhang begrüße ich besonders die Initiative, die die Gewerkschaften vor kurzem gelegentlich ihres Pariser Kongresses wieder entwickelt haben.



Frage: In Ihrer langjährigen Tätigkeit als Abgeordnete des Europäischen Parlaments haben Sie sicher auch oft feststellen müssen, daß vieles von dem, was in Strassburg mit großem Fleiß erarbeitet wird, ein verhältnismässig geringes Echo in der Presse der sechs EWG-Staaten findet. Wie erklären Sie sich das?

Antwort: Die Berichterstattung über die Beschlüsse sowohl des Europäischen Parlaments als auch der anderen europäischen Institutionen, zum Beispiel der EWG-Kommission in Brüssel oder des Ministerrats, findet man in den deutschen Zeitungen fast ausschließlich im Wirtschaftsteil, der leider nur von sehr wenigen Zeitungslesern zur Kenntnis genommen wird. Es ist aber so, daß diese Beschlüsse nicht nur wirtschaftspolitische Wirkung haben, sondern gerade im Zusammenhang mit den Aussenbeziehungen eminent politisch sind. Den Normalleser interessiert natürlich in erster Linie die Frage, wie sich diese Entscheidungen für ihn auswirken. Die Auswirkung ist oft nicht sofort sichtbar. Es ist leider auch nicht sichtbar, wer politisch in einzelnen für die Beschlüsse verantwortlich ist, da die Entscheidungen des Ministerrats vielfach hinter verschlossenen Türen fallen. Um so wichtiger wäre eigentlich die Berichterstattung über die Sitzungen des Europäischen Parlaments, weil dieses als einzige der europäischen Institutionen öffentlich tagt. Aber da gibt es auch gewisse technische Schwierigkeiten, die allerdings auch einen politischen Hintergrund haben. Solange nicht darüber entschieden ist, daß der Sitz des Parlaments am Sitz der Exekutive - also in Brüssel - ist, solange es isoliert von der Exekutive seine Plenarsitzungen in Strassburg abhält, ist die publizistische Auswertung und damit Wirkung seiner Tätigkeit davon natürlich beeinträchtigt.

+ + +

#### Interview mit Dr. Gerhard Kreyszig

Vizepräsident des Europäischen Parlaments

Frage: Herr Kreyszig, Sie wurden am vergangenen Wochenende zum Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments gewählt. Sie sind der Nachfolger von Frau Käte Strobel in dieser Funktion. Können Sie uns sagen, welche dringendsten Aufgaben das Präsidium des Europäischen Parlaments jetzt vor sich hat?

Antwort: Wir haben augenblicklich die Situation, daß der Ministerrat sich anscheinend ernsthafter als bisher mit folgenden Fragen beschäftigt: einmal die Zusammenlegung der Exekutiven. Hierbei ist das Problem des Sitzes des Parlaments erörtert worden. Wir wissen zwar, daß der Ministerrat sich über die Probleme nicht hat einigen können, es ist aber völlig klar, daß das Präsidium und das Europäische Parlament gerade in dieser Periode ausserordentlich wachsam sein müssen, wenn verhindert werden soll, daß eventuell sogar eine Schwächung der Position des Parlaments eintritt und Befugnisse, die zumindest eine der Exekutiven, nämlich die Hohe Behörde der Kartan-Union besitzt, durch die Verschmelzung der Exekutiven geschwächt wird.

**Frage:** Ihre Bemerkungen, Herr Kreyssig, führen mich zu der Frage, ob die Vorgänge, die wir im vergangenen Jahr im Zusammenhang mit der Diskussion in Brüssel über die Aufnahme Großbritanniens in die EWG erlebt, eine Art Bremswirkung auf die Tätigkeit des Europäischen Parlaments ausgeübt haben. Wie denken Sie darüber?

**Antwort:** Es ist völlig eindeutig, daß der Abbruch der Verhandlungen mit Großbritannien durch das Veto des französischen Staatschefs einen sehr schweren Vertrauensschock in der Gemeinschaft ausgelöst hat. Auf der anderen Seite kann, so glaube ich, nur das Europäische Parlament zur Lösung dieser Probleme beitragen, wenn es um so aktiver wird, je schwieriger sich die Situation gestaltet. Um gleich ein praktisches Beispiel zu nennen: es wird also jetzt u.a. davon gesprochen, daß bei der Zusammenlegung der Exekutiven - die drei Exekutiven haben zusammen 23 Mitglieder - die Mitgliederzahl auf neun verringert werden soll. Das ist ein Vorschlag, der auch für das Europäische Parlament nicht annehmbar ist. Wir sollten eine Kommission haben, die aus 14 bis 15 Mitgliedern besteht, weil sonst keine ausgewogene Vertretung der demokratischen Kräfte gesichert ist. Würde man eine kleine Exekutive machen, dann würde zweifellos die Entwicklung dahin gehen, daß die Demokratie in dieser Exekutive eine Stellung bekommen würde, die das Europäische Parlament benachteiligen müßte.

**Frage:** Man sagt oft, daß sich die Bürokratie der gesamten Europa-Politik - womit ich jetzt die drei Gemeinschaften meine - in der letzten Zeit gewaltig ausgeweitet hat. Ist das richtig oder sind Sie der Meinung, daß das, was heute an Verwaltung, an Arbeitstechnik vorhanden ist, ausreicht? Steht die Arbeit, die z.B. hier in Strassburg geleistet wird, in einem richtigen Verhältnis zum Nutzeffekt?

**Antwort:** Ihre Frage kann man nicht einheitlich beantworten. Ich bin das älteste Mitglied im Haushaltsausschuß, und ich weiß aus den jedes Jahr wiederkehrenden Beratungen, daß ein sehr heißer Kampf geführt wird zwischen den Anforderungen der Exekutive und dem, was der Ministerrat zu bewilligen gedenkt. Wenn es eine Tatsache ist - und wir haben uns in Brüssel davon überzeugt -, daß dort etwa 35 000 Kartellanträge vorliegen, die auf Grund der Verordnung, die der Ministerrat beschlossen hat, gestellt sind und wir hier gleichzeitig wissen, daß der Ministerrat das Personal hierfür verweigert, so daß die Anträge nicht bearbeitet werden können - so ist das ein deutlicher Beweis, daß wenigstens auf einigen Sektoren kein ausreichendes Personal in Brüssel vorhanden ist und eine Reihe von vertragsmäßig festgelegten Fristen nicht eingehalten werden konnte. Das gilt übrigens auch für den landwirtschaftlichen Sektor mit der Fülle der Marktordnungsprobleme.

**Frage:** Würdigt der Ministerrat in Brüssel die Vorschläge, Empfehlungen und Analysen, die das Europäische Parlament in sehr intensiver Arbeit herausbringt? Ich meine damit ganz konkret, ob der Ministerrat sich an die Empfehlungen, die vom Europäischen Parlament in Parlamentsbeschlüssen nach Brüssel geleitet werden, hält und tatsächlich in die Tat umsetzt?

**Antwort:** Die Frage ist schnell zu beantworten. Der Ministerrat hat bei gewissen Gelegenheiten die Vorschläge des Parlaments berücksichtigt, aber, um ein anderes Beispiel zu nehmen, alle Vorschläge, die das Parlament in den Haushaltsplänen für ausreichendes Personal vorgeschlagen hat, abgelehnt. Wir sind jetzt in der sehr unglücklichen Situation, daß die EWG-Kommission bereits den zweiten Nachtragshaushalt

halt einreicht, um in Nachtragshaushalten das gestattet zu bekommen, was ihm eigentlich schon im regulären Haushalt hätte bewilligt werden müssen. Inzwischen hoffen wir, daß der Ministerrat sich davon überzeugt, daß man nicht sehr weitgehende und tiefgreifende Beschlüsse fassen kann und dann dafür kein Personal zur Verfügung stellt.

Wir haben eine Studie im Sekretariat bei uns machen lassen und haben sehr genau festgestellt, wann und bei welchen Punkten der Ministerrat die Vorschläge des Parlaments akzeptiert und wo er die Vorschläge beiseite gelassen hat. Das ist sehr unterschiedlich. Das Europäische Parlament ist sehr beunruhigt über die Tatsache, daß im Ministerrat über den Sitz des Parlaments verhandelt wird. Ich muß schon sagen, daß dort der Versuch gemacht wird, so etwas wie einen Kuhhandel zu treiben. Es scheint ziemlich sicher zu sein, daß die vereinten Exekutiven in Brüssel ihren Sitz haben werden. Dagegen wurde davon gesprochen, man würde Luxemburg für den Verlust der Hohen Behörde dadurch "entschädigen", daß man das Parlament von Strassburg nach Luxemburg legt. Das Parlament ist überhaupt zu diesem Thema vom Ministerrat nicht gefragt worden und es wird, davon bin ich überzeugt, einheitlich dagegen protestieren, daß der Ministerrat gegen den Willen des Europäischen Parlaments in der Frage des Sitzes des Parlaments irgendetwas festlegt.

Frage: Eine ganz aktuelle Frage: An dem Tage, an dem wir uns hier unterhalten, ist in Genf die Welthandelskonferenz eröffnet worden. Wenn ich mich nicht irre, nehmen etwa 120 Staaten daran teil. Können Sie uns sagen, inwieweit das Europäische Parlament oder die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft in die Verhandlungen in Genf eingeschaltet sind, und wenn ja, in welcher Form?

Antwort: Das Europäische Parlament ist direkt nicht in diese Verhandlungen eingeschaltet. Wir beraten aber hier über die Probleme, die die Welthandelskonferenz in Beziehung auf die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft stellt. In dem entsprechenden Bericht erklärt das Europäische Parlament seine grundsätzliche Haltung u.a. zu den Problemen der Stabilisierung der Rohstoffpreise.

Das Europäische Parlament hat sich auch ganz klar dagegen ausgesprochen, daß eine neue Organisation geschaffen wird, wie es von russischer Seite vorgeschlagen wurde.

Der Ministerrat hat beschlossen, sich durch den belgischen Wirtschaftsminister in Genf vertreten zu lassen. Die EWG-Kommission selbst nimmt an diesen Beratungen teil. Die EWG-Kommission wird während der ganzen Zeit der Welthandelskonferenz dort vertreten sein. Das Europäische Parlament hält mit seinem Ausserhandelsausschuß eine Sitzung in Genf ab. Durch den Ausserhandelsausschuß werden wir auch Gelegenheit haben, direkter Kontakt mit den Vertretern der Welthandelskonferenz aufzunehmen.

Ausserdem sind wir insofern in einer glücklichen Lage, als das Europäische Parlament gerade in diesen Wochen eine Delegation in südamerikanischen Ländern hatte, und zwar auf Einladung interessierter südamerikanischer Staaten. Nach den Berichten unserer Kollegen, die dort gewesen sind, hat gerade diese Reise erheblich zum Verständnis für die Probleme beigetragen, die die EWG und die südamerikanischen Staaten gemeinsame haben. Es ist nicht der Eindruck vorhanden, daß die EWG eine Körperschaft sei, die den Ausserhandel mit Südamerika beeinträchtigt, sondern im Gegenteil fördert. Das trifft übrigens auch auf die Beziehungen zwischen den EWG-Staaten und den Ländern anderer Kontinente zu. Die EWG will ja keine geschlossene Gesellschaft bleiben, sondern auch welthandelspolitisch mitwirken.